

Redet mit den Unternehmern!

OXI Wirtschaft anders denken 3/20

Warum es Zeit für eine Wirtschaftskonferenz der Linkspartei ist. Ein Gastbeitrag

ROBERT GADEGAST UND ROLF SUKOWSKI

Ist linke Wirtschaftskompetenz Aberglaube oder Realität? Diese Frage wird immer wieder gestellt. Der nicht nur parteipolitisch Linken wird eine hohe Kompetenz unter anderem in der Friedensfrage sowie auf sozialem Gebiet zugesprochen. Trotz hervorragender Regierungsarbeit in Wirtschaft beziehungsweise Finanzen in Berlin und Brandenburg wird linke Politik häufig nicht mit Wirtschaftskompetenz in Zusammenhang gebracht. »Wir müssen Wirtschaft neu denken. Dabei geht es darum, wie wir konsumieren, aber auch darum, wie wir produzieren, Werte schaffen«, formulierte der Vorstand der Linkspartei im August 2019.

Das sind substanzielle Aussagen, die ein konkretes Herangehen an neues Wirtschaften erfordern und nicht nur theoretische Debatten. Wenn es Übereinstimmung darüber gibt, dass es in einer endlichen Welt kein unendliches Wachstum geben kann, aber Wachstum des Profits wegen Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise ist, kann letztlich die Konsequenz aus dieser Erkenntnis nur die Überwindung dieser Produktionsweise sein. Diesen Prozess einzuleiten und mögliche Wege dazu aufzuzeigen, muss Teil einer linken Wirtschaftspolitik sein.

Doch wie entwickeln wir eine linke Wirtschaftspolitik, die den Menschen zeigt, was bereits unter den derzeitigen Machtverhältnissen machbar ist? In linken Debatten wird häufig über Transformation gesprochen. Der Weg dorthin liegt meist im Nebel theoretischer Debatten. Aber wir müssen genau diese Wege diskutieren als Suche nach alternativen Wirtschaftsformen. Und es muss so diskutiert werden, dass auch Menschen ohne eine akademische ökonomische Bildung dies verstehen.

Solidarische oder am Gemeinwohl orientierte Wirtschaft verstehen sicherlich viele Menschen, mit Anglizismen versetzte Ideen eher nicht. Dafür braucht die Linke eine enge Zusammenarbeit mit den verschiedensten Netzwerken, die Bündelung dieser Kräfte hat entscheidende Bedeutung zur Verbreitung alternativer Ideen für eine solidarische Wirtschaft. Wir sind der Auffassung, die solidarische Wirtschaft muss eine aktive Auseinandersetzung mit dem derzeitigen Wirtschaftssystem führen, ansonsten wären diese Alternativen nur Feigenblätter zur Legitimierung des vorhandenen Modells. Dabei müssen auch theoretische Fragen diskutiert werden

wie die Rolle von Wettbewerb und Gewinn in einer alternativen Wirtschaft. Oder die Frage, kann es Postwachstum auch mit Wachstum geben und braucht alternatives Wirtschaften eine Marktwirtschaft oder etwas anderes?

Eine Wirtschaft, die gemeinwohlorientiert produziert, stellt nicht den Profit in den Vordergrund, sondern Gemeinwohlstreben. Was heißt aber Gemeinwohl? Der Begriff ist nicht geschützt und wird daher auch sehr unterschiedlich gebraucht, auch missbraucht. Dabei ist es durchaus legitim, sich auch die DDR-Wirtschaft unter diesem Aspekt anzuschauen. Erinnert sei an Artikel 19 der DDR-Verfassung von 1949. Auch in der alten Bundesrepublik gab es erfolgreiche Ansätze einer Gemeinwirtschaft, getragen vor allem von den Gewerkschaften. Hier ließe sich wieder anknüpfen, zum Beispiel in der Wohnungswirtschaft.

Die Bewegung der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) ist eine Bewegung innerhalb der solidarischen Ökonomie, die sich mit den gegenwärtig herrschenden Strukturen in der Gesellschaft und vor allem in der Wirtschaft kritisch auseinandersetzt und sie auch durchaus in Frage stellt. Der Finanzbilanz stellt die GWÖ einen anderen Ansatz gegenüber. Mit der GWÖ soll ein ethisches Wirtschaftsmodell etabliert werden. Das Wohl von Mensch und Umwelt wird dabei zum obersten Ziel des Wirtschaftens.

Unser Unternehmerverband OWUS widmet sich seit 2011 diesem Ansatz und hat 2015 selbst eine Bilanz vorgelegt. Inzwischen sind sieben weitere Mitgliedsunternehmen diesen Schritt gegangen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn dieser alternative wirtschaftspolitische Ansatz Teil der linken Wirtschaftsstrategie werden würde. Dort, wo die LINKE mitregiert, sollte beginnend mit kommunalen Unternehmen, die Gemeinwohlabilanzierung beispielhaft praktiziert werden, verbunden mit ihrer öffentlichen Würdigung. Im Koalitionsvertrag von R2G in Bremen ist dazu ein Anfang gemacht worden.

Das »Wie wir produzieren« schließt eine Erhöhung der Aufmerksamkeit der LINKEN gegenüber den Unternehmern mit ein. Gemeint sind alle Bereiche des Unternehmertums – Solo-Selbstständige, Gewerbetreibende und Freiberufler, Kleinstunternehmer und Mittelständler. Sie alle sind Teil unserer Gesellschaft. Wir fordern die LINKE auf, den Meinungsaustausch mit ihnen auf den verschiedensten Ebenen regelmäßig zu führen. Parlamentarische Initiativen der LINKEN, wie weitere Mindestloohnerhöhungen, sollten im Vorfeld auch mit

den Unternehmern diskutiert werden. Die damit verbundenen Probleme bei der Umsetzung vor allem in kleineren Unternehmen müssen mit flankierenden Maßnahmen unterstützt werden. Auch die Verbesserung der sozialen Absicherung von Solo-Selbstständigen und Kleinstunternehmern muss weiterhin Bestandteil der wirtschafts- und sozialpolitischen Arbeit der LINKEN bleiben.

Neben der unbedingt notwendigen Aufarbeitung der verfehlten Wirtschaftspolitik während der letzten 30 Jahre im Osten Deutschlands sind dort grundsätzlich neue gesellschafts- und wirtschaftspolitische Ansätze erforderlich. Hier hat eine linke Volkspartei ein großes Betätigungsfeld. Deshalb sollte sich eine Wirtschaftskonferenz der LINKEN insbesondere auf die wirtschaftspolitische Entwicklung in den neuen Bundesländern konzentrieren.

Dr. Rolf Sukowski ist Vorsitzender, **Robert Gadegast** Vizechef des linken Wirtschaftsverband von kleinen und mittleren Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen OWUS in Berlin-Brandenburg.